

Statt Mehrwertsteuererhöhung: Einführung einer Steuer auf die Geldhaltung

Von JÖRG GUDE

Die beabsichtigte Mehrwertsteuererhöhung und ihre Folgen

Lebenseinkommenserwartungen, die das Ausgabeverhalten auf längere Sicht bestimmen, wurden und werden enttäuscht. Zu benennen: stagnierende und sogar rückläufige Nettolöhne, Nullrunden für die Rentner und Abbau von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Forderung nach längerer Lebensarbeitszeit und mehr finanzieller Eigenvorsorge.

Der amerikanische Ökonom Arthur Laffer hat für die Einkommensteuer herausgearbeitet, dass höhere Steuersätze insbesondere für die letzte hinzuverdiente Geldeinheit nicht immer auch zu höherem Steueraufkommen führen. Unter begrenzten Voraussetzungen kann der Staat mit einer geringeren Steuerbelastung auf das Einkommen sogar ein höheres Steueraufkommen erzielen.

1. Die beabsichtigte Mehrwertsteuererhöhung mit einem allgemeinen - den ermäßigten Satz von 7% auf bestimmte Güter, vornehmlich Lebensmittel, Bücher und Zeitschriften ausgenommen - von derzeit 16 um ganze 3 Prozentpunkte auf dann 19% zum Jahresanfang 2007 hat Wirtschaftswissenschaftler, Wirtschaftsrepräsentanten, Unternehmer, Verbraucher und Wahlbürger aufgeschreckt. Um deutlich zu sagen, was nach meiner Kenntnis bislang niemand so deutlich ausgesprochen hat: Der allgemeine Umsatzsteuersatz selbst wird um ganze 18,75% erhöht.

2. Schon zu lange verharrt die deutsche Wirtschaft in einer dauerrezessiven Erwartungshaltung. Die Aufblähung der Geldmenge M3 ist auch dafür ein Indiz.

Depressive Stimmung macht sich breit. Abwarten, Horten von Geld und Anlage in geldnahen Finanzprodukten ist angesagt. Lebenseinkommenserwartungen, die das Ausgabeverhalten auf längere Sicht bestimmen, wurden und werden enttäuscht. Zu benennen: stagnierende und sogar rückläufige Nettolöhne, Nullrunden für die Rentner und Abbau von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Forderung nach längerer Lebensarbeitszeit und mehr finanzieller Eigenvorsorge. Diese Erwartungen spielen auch eine Rolle bei der Entscheidung für oder gegen einen Kinderwunsch. Konrad Adenauers Diktum „Kinder kriegen die Leute immer“ erweist sich heute als unzutreffend. Die enttäuschten Erwartungen spielen auch bei der Entscheidung für oder gegen den Bau oder Erwerb eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung eine Rolle, weil und wenn Lohn- und Einkommenserwartungen ausbleiben oder Arbeitslosigkeit

eintritt, das Vorhaben sich nicht als dauerhaft darstellbar erweist. Vor diesem Hintergrund ist auch die Umsatzsteuererhöhung zu bewerten und ist nach Alternativen zu suchen.

3. Der Einzelhandel erwartet nicht, die avisierte Umsatzsteuererhöhung auf die Verbraucher überwälzen, also diesen (voll) weiterbelasten zu können. Dafür, dass diese Erwartung richtig und realistisch ist, sprechen ökonomische Theorie und Erfahrungen aus der jüngsten Vergangenheit. Die frohgemuten Erwartungen in Hinblick auf das vermehrte Steueraufkommen, welche die Politik hegt, können enttäuscht werden. Der amerikanische Ökonom Arthur Laffer hat für die Einkommensteuer herausgearbeitet, dass höhere Steuersätze insbesondere für die letzte hinzuverdiente Geldeinheit nicht immer auch zu höherem Steueraufkommen führen. Unter begrenzten Voraussetzungen kann der Staat mit einer geringeren Steuerbelastung auf das Besteuerungsobjekt Einkommen sogar ein höheres Steueraufkommen erzielen. Hohe Steuern können Leistungsverweigerung, Steuerflucht oder -umgehung befördern. Der Weg in die Sklavengesellschaft ist dann vorgezeichnet mit staatlich angeordneter Arbeitspflicht. Hartz-IV mit seinen 1-Euro-Jobs bietet nur einen Vorgeschmack. Zu Recht sagte der FDP-Generalsekretär Niebel im Wahlkampf, 1-Euro-Jobs dürfe es nur zur Erprobung der Arbeitsbereitschaft oder bei Leistungshandicaps der Arbeitslosen geben.

Wichtig und richtig ist es, diese Überlegungen zur Einkommensteuer auch auf die Verbrauchsteuern zu übertragen. Die Steuererhöhung auf Zigaretten wurde bereits in mehrere Teilerhöhungen aufgesplittet, » » »

um nicht zu vielen Rauchern die Freude am Rauchen trotz der auf der Packung aufgedruckten Warnhinweise zu vergällen. Und doch ist meines Wissens das Aufkommen aus dieser Steuer rückläufig. Bei der Mineralölsteuer lässt sich eine ähnliche Tendenz wegen des rückläufigen Benzinabsatzes beobachten. Also nicht nur wie von Laffer herausgearbeitet bei der steuerlichen Belastung des Einkommens, sondern auch beim Verbrauch kann eine andere als die erwartete Richtung oder Höhe beim Steueraufkommen eintreten.

Schwarz- und Schattenarbeit können zunehmen; die Vertreter des Handwerks warnen zu Recht und aus Erfahrung. Nach Abschaffung der Eigenheimzulage würden sie noch mehr in Bedrängnis geraten. Hier wäre es erwägenswert, den Mehrwertsteuersatz für haushaltsnahe Leistungen abzusenken, wie dies in Frankreich für Handwerksleistungen bereits der Fall ist.

Der Umsatz mit gebrauchten Gütern statt Neuanschaffungen könnte für immer mehr Verbraucher auf der Tagesordnung stehen. Mit einem erhöhten Mehrwertsteuersatz wird tendenziell der Umsatzsteuerbetrug durch Vorsteuererstattung für nicht bezogene Güter oder in Anspruch genommene Dienstleistungen, für welche Rechnungen dem Finanzamt vorgelegt werden, noch einmal um 18,75% lohnender. Mehrere Milliarden Euro werden heute bereits so vom Fiskus an Betrüger und Scheinfirmen ausgekehrt.

Drohen oder locken mit den Vorhaben skandinavische Verhältnisse? Oder sind sie gar erwünscht von der neuen Koalition, die sich erfreulicherweise von der neoliberalen Angebotspolitik mit Hartz-Versatz zu verabschieden beginnt? Skandinavien hat zwar einen hohen sozialen Standard, aber auch hohe Mehrwertsteuersätze.

Die Menschen gehen selten zum Essen ins Restaurant, weil zu teuer, was neben der hohen Mehrwertsteuer auch dem Sozialstandard geschuldet ist. Selbstzubereitung der Mahlzeit ist also auch eine Alternative zum Auswärts-Essen-Gehen.

Das Leben wird teuer, die Leute reden von der Merkelsteuer!

4. Die Verbraucher wiederum glauben dem Handel nicht, dass sich die Mehrwertsteuererhöhung nicht auf die Preise auswirkt, sondern vom Handel schon getragen werde. Auch diese Befürchtungen sind nicht von der Hand zu weisen. Allerdings übt sich der Handel in verdeckten und verschleierte Preiser-

höhungen, wie dies bereits vor der Euro-Bargeldeinführung der Fall war. Keinesfalls werden die Preise linear um 3% erhöht. Dabei spielt die Preispsychologie eine Rolle. Der Preis von 5,99 Euro ist psychologisch interessant, weil er unter der Preisgrenze von 6 Euro liegt, weshalb eine Preiserhöhung auf 6,17 Euro kaum angedacht werden wird. Deshalb werden an anderer Stelle Preise umso stärker erhöht werden.

5. Die Volkswirte sagen, die Umsatzsteuer wirke regressiv. Dies soll ausdrücken, dass die unteren Einkommensbezieher (und die Kinderreichen) stärker belastet werden als die höheren Einkommensbezieher. Die sogenannten Besserverdiener sparen in der Regel mehr als die ärmeren Einkommensklassen. Und auf Ersparnisse fällt keine Verbrauchs- oder Umsatzsteuer an. Rentner und Hartz-IV-Empfänger spüren dies angesichts Inflation und ausbleibender Leistungsanpassungen natürlich besonders. Der Konsum leidet, diejenigen Investitionen, die sich nach der Konsumgutnachfrage ausrichten, auch, trotz jahrelanger wirtschaftlicher Belebungsversuche durch eine neoliberale Angebotspolitik.

Die Strategie dahinter

6. Gleichwohl muss man der Merkel-Regierung lassen, eine Strategie steht dahinter. 2006 soll die Konjunktur Fahrt gewinnen, weil und wenn die Konsumenten ihr Geld in Erwartung oder Befürchtung der Mehrwertsteuererhöhung mit vollen Händen ausgeben, jedenfalls die, die es finanziell können. Dann kommt 2007 – wenn alles gut geht – ein Wachstumsschub aus 2006 und die Wirtschaft spürt die negativen Auswirkungen der Steuererhöhung nicht. Ob diese Strategie realistisch ist oder aufgeht, ist offen und kann unterschiedlich beurteilt werden.

7. Nicht übersehen werden sollte jedoch, dass die Geldpolitik ebenfalls zumindest im Moment diese Strategie stützt, ob den Entscheidungsträgern der EZB dies nun bewusst ist oder nicht. EZB-Präsident Trichet hat eine Leitzinserhöhung auf 2,25%, ausgehend von einem lange Zeit bei unverändert 2% gehaltenen Zinssatz in Aussicht gestellt, die bei Erscheinen dieses Beitrages wohl beschlossen sein wird. Der EZB-Rat kann sich bei seiner Entscheidung davon leiten lassen, dass es insgesamt keine deflationäre, sondern im Gegenteil eine inflationäre Entwicklung gibt, wenn auch teilweise dem Ölpreis und nicht der Binnenkonjunktur geschuldet. Der gegenüber dem Dollar zurückgefallene Außenwert des Euro könnte tendenziell stabilisiert werden, weil die durch die Leitzinserhöhungen » » »



„... das Einfachste aber wird immer zuletzt begriffen, wenn man es schon mit allem anderen versucht hat, was umständlicher oder dümmer ist.“

Zitat aus „Der Jüngling“ von Fjodor Michailowitsch Dostojewski

Aufgeschreckt von Schreckensmeldungen zur demografischen Lücke, Rentenversicherungskrise, fehlender sozialer Absicherung und der lautstark erhobenen Forderung nach Eigenvorsorge stabilisiert und erhöht sich die Sparquote. Sofern nicht z. B. Neubauten errichtet werden als Vorsorge, geht die Anlage der wirksamen Gesamtnachfrage zunächst verloren – anders, als wenn das Geld zu Konsumzwecken verausgabt worden wäre.

Wer einen Beitrag zur Belebung der Binnenkonjunktur durch Konsum leisten könnte, wird bestraft in der Zukunft, weil er keine Eigenvorsorge gebildet hat. Wer Eigenvorsorge leistet und dies in einer Form leistet, welche die effektive volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage und damit das BIP nicht erhöht, schadet der Konjunktur.

der amerikanischen Notenbank (FED) angestiegene Zinsdifferenz zugunsten des Dollars ein Stück kleiner wird. Wenn nicht in den USA und weltweit eine Wachstumsabschwächung eintritt, die sich auch in gleicher Weise im Euroland auswirkt, könnten dem ersten Zinsschritt nach oben der EZB weitere mittelfristig folgen. Dies würde dem Szenario nach genau der Strategie entsprechen, die der frühere Frankfurter Bankier Johann Philipp von Bethmann Anfang der 80er Jahre vorschlug. Zur Überwindung einer Deflationsspirale forderte er eine einmalige starke Leitzinssenkung mit anschließender Erklärung der Notenbank, die Zinsen ab dann nur noch in einzelnen Schritten zu erhöhen, aber nicht abzusenken oder über längere Zeit konstant zu lassen. Auf die Erwartungsbildung der Wirtschaftssubjekte wollte er so Einfluss nehmen. Von Bethmann fragte: Wann sind Zinsen niedrig? Und er gab als Antwort, dass es nicht auf die absolute oder nominale Höhe des Zinssatzes ankomme. Entscheidend seien die Erwartungen in Bezug auf die Zukunft und hier auf das künftige Zinsniveau.

Werden Zinssteigerungen erwartet und von der Notenbank glaubwürdig kommuniziert, dann werden die Wirtschaftssubjekte die gegenwärtig – im Vergleich zu den zukünftig erwarteten höheren Zinsen – noch niedrigen Zinsen sichern wollen, Kredite aufnehmen, Häuser bauen oder investieren.

Es ist zu begrüßen, dass EZB-Präsident Trichet in diesem Fall die Marktteilnehmer frühzeitig auf die beabsichtigte geldpolitische Richtung einstimmt und möglicherweise der aufgezeigten strategischen Richtung folgt, soweit die Umstände eine solche Entwicklung zulassen.

Für 2006/2007 könnte sich in der Bundesrepublik eine Art konzertierte Strategie zwischen der Mehrwertsteuerpolitik der Bundesregierung und der Leitzinspolitik der EZB einstellen, wobei beide Entscheidungsträger auf Verteuerung – nämlich von Konsumgütern und Zinsen – setzen, um vorab über eine Ausweichreaktion der Wirtschaftssubjekte einen selbsttragenden Aufschwung einzuleiten.

Das Zukunftsspiel: Eigenvorsorge oder Binnennachfrage durch Konsum

8. Die Ökonomen analysieren Entscheidungssituationen häufig spieltheoretisch. Analysieren wir einmal, warum die Binnenkonjunktur in Deutschland lahm! Spielen wir Szenarien der Zukunft durch! Spielen wir das Zukunftssicherungsspiel! Aber verspielen wir nicht die Zukunft! Geld kann man nur einmal ausgeben. In Bezug auf die desola-

ten staatlichen Budgets wird dies vielen Politikern zu spät bewusst. Aus freiwirtschaftlichen Kreisen hat Helmut Creutz frühzeitig und oft gewarnt. Aber Geld, welches ausgegeben wird, kann auch zurückkommen, wenn wir den Kreislaufgedanken richtig verstehen und zu nutzen wissen. Physikern wie Frau Bundeskanzlerin Merkel (oder auch Oskar Lafontaine) dürften solche Gedanken nicht fremd sein. Aufgeschreckt von Schreckensmeldungen zur demografischen Lücke, Rentenversicherungskrise, fehlender sozialer Absicherung und der lautstark erhobenen Forderung nach Eigenvorsorge stabilisiert und erhöht sich die Sparquote. Sofern nicht z. B. Neubauten errichtet werden als Vorsorge, geht die Anlage der wirksamen Gesamtnachfrage zunächst verloren – anders, als wenn das Geld zu Konsumzwecken verausgabt worden wäre.

Professor Kromphardt – langjähriges Mitglied des Sachverständigenrates und heute Vorsitzender der Keynes-Gesellschaft – beklagte in einer Veröffentlichung vor einigen Jahren ebenfalls die hohe Sparquote. Es gibt eine wirksame Medizin dagegen, die noch vorzustellende Geldumlaufsicherungssteuer. Aber bleiben wir zunächst bei dem Spiel, welches heute gespielt wird.

Wer einen Beitrag zur Belebung der Binnenkonjunktur durch Konsum leisten könnte, wird bestraft in der Zukunft, weil er keine Eigenvorsorge gebildet hat. Wer Eigenvorsorge leistet und dies in einer Form leistet, welche die effektive volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage und damit das BIP nicht erhöht, schadet der Konjunktur. Wer jetzt einen Beitrag zur konjunkturellen Belebung leistet, wird voraussichtlich in der Zukunft bestraft, weil und wenn er ohne gebildete Eigenvorsorge dasteht. Eine Art Belohnung oder Dividende für sein konjunkturfreundliches Verhalten ist im System nicht vorgesehen.

Die Rentenleistungen und auch der Beitragssatz für die Rentenversicherung werden gekappt.

Wer nun seinem Eigennutz und der Eigenvorsorge folgt, verhindert einen selbsttragenden, lange anhaltenden wirtschaftlichen, von der Binnennachfrage getragenen Aufschwung. Gleichzeitig wächst dummerweise auch noch die Wahrscheinlichkeit, dass Anlageformen, welche jetzt im Binnenland gewählt werden, in Zukunft nicht genügend Erträge abwerfen werden, um eine angemessene soziale Absicherung darzustellen, weil die Realwirtschaft den überhöhten Preisen für die Anlageformen keine entsprechende Rendite unterlegen kann. Werden Anlageformen gesucht, die sich die Globalisierung und bessere » » »

Renditen im Ausland zu Nutzen machen, gehen der heimischen Wirtschaft Mittel verloren und deren reale ökonomische Problembewältigungsfähigkeit geht ebenfalls zurück.

Was wäre also die beste Lösung?

Eine des Aufschwungs jetzt mit Zukunftsbeteiligung aller! Im Zukunftsspiel, wie es heute gespielt und modelliert wird, ist diese Lösung nicht vorgesehen oder scheitert an individuellem Rationalitätskalkül.

Die Einführung einer Steuer auf die Geldhaltung

9. Die hohe Sparquote, die Beliebtheit kurzfristiger, teilweise in der Geldmenge M3 enthaltener Anlageformen, welche der EZB die Einhaltung ihres Geldmengenzieles von 4,5% Geldmengenwachstum M3 erschwert und zu Irritationen bezüglich der mittelfristig angelegten monetaristischen Geldpolitik führt, lässt eine Besteuerung der Geldhaltung sinnvoll erscheinen. Bereits Keynes sprach sich dafür aus, das Geld mit „carrying costs“, „Durchhaltekosten“, zu versehen und schloss sich dabei Gedankengängen Silvio Gesells an. In den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ist es in der österreichischen Gemeinde Wörgl gelungen, über ein mit Geldwertverlust ausgestaltetes Geld dem Wirtschaftskreislauf Schwung zu verleihen und die Arbeitslosigkeit binnen kurzer Frist um 25% abzubauen, Wiederholung wünschenswert, freilich diesmal mit offiziellem Geld, also Euro und unter Akzeptanz der Notenbank. (In Österreich sah damals die Notenbank ihr nationales Notenmonopol durch die als Arbeitswertscheine ausgegebene Zweitwährung verletzt und setzte auf dem Rechtswege dem erfolgreichen Experiment in Wörgl ein vorschnelles Ende.)

Eine Steuer auf die Geldhaltung verringert die Kassenhaltung, insbesondere zu spekulativen Zwecken, und veranlasst die Menschen, das Geld verstärkt für Konsum- wie für Investitionszwecke zur Verfügung zu stellen. Denn mit einer Verausgabung kann sich der Steuerbürger leicht der Steuer auf Geld und Geldvermögen entziehen.

Wie z. B. von Helmut Creutz und Frau Prof. Kennedy aufgezeigt und dargestellt, würde mit der Belastung des Geldes mit einer Abgabe, die zeitproportional ausgestaltet ist und wie Soll- oder Habenzinsen heute schon auch den Bankkonten angelastet werden kann, eine Zinssenkung einhergehen. Dies bewirkt, dass sich das Geld billiger als Kapital zur Verfügung stellt, die Investitionen steigen. So-

wohl eine Wirtschaftsbelebung als auch eine Entlastung der Unternehmer und Verbraucher von Zinsbestandteilen in ihren Kosten bzw. den Preisen würde eintreten. Das spekulative Geld würde in den realwirtschaftlichen Kreislauf zurückgeführt. Die oben angesprochenen Kreislaufgesichtspunkte sind beachtet, mehr Steuereinnahmen würden dem Staat in der Folge zukommen. Das Zukunftsspiel würde so gespielt, dass individuelle Rationalität und gesamtwirtschaftliche Rationalität in die gleiche Richtung weisen: Dauerkonjunktur mit Staatseinnahmen, die die Aufrechterhaltung eines sozialen Sicherungssystems ermöglichen. Freilich wird es auch dann noch Konjunkturschwankungen geben. Diese lassen sich dämpfen und zu Steuern versuchen, indem man die Höhe der Geldumlaufsicherungssteuer kurzfristig variiert, ganz nach den konjunkturellen und geldpolitischen Erfordernissen. Zugleich könnte die Achillesferse des Monetarismus, die irrealen Annahme einer stabilen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, geheilt werden. Denn eine Variation der Geldumlaufsicherungssteuer hat Einfluss auf das Geldhaltungs- und -ausgabeverhalten.

Die hier skizzierte Lösung ist in zahlreichen Beiträgen in dieser Zeitschrift sowie in den Schriften, die vom Buchversand angeboten werden, mehr oder weniger deutlich und ausführlich aufgezeigt. Der Instrumentenkasten steht bereit; Staat und Notenbank müssen ihn nur ergreifen. Bis dahin müssen wir auf den Erfolg so gewagter Strategien hoffen, wie sie uns die Merkel-Regierung mit der zeitversetzten Mehrwertsteuererhöhung und die EZB mit einer Zinserhöhung in Raten vormachen. « «



Ein schlechter Schriftsteller wird manchmal ein guter Kritiker, genauso wie man aus einem schlechten Wein einen guten Essig machen kann.

Henry de Montherlant
1890 - 1972)
frz. Schriftsteller